

**Kleine Anfrage****Moritz Promny (Freie Demokraten), Yanki Pürsün (Freie Demokraten)****Wie stärkt Hessen Medienkompetenz statt pauschaler Social-Media-Verbote?****Vorbemerkung:**

Die Delegiertenversammlung der Psychotherapeutenkammer Hessen hat am 18. April 2026 eine Resolution zur Nutzung digitaler Medien bei jungen Menschen beschlossen. Darin beschreibt sie Risiken wie problematische Mediennutzung, Cybermobbing, Cybergrooming, Schlafstörungen, Selbstwertprobleme, suchtähnliche Entwicklungen sowie Belastungen für Lernfähigkeit und soziales Wohlbefinden. Zugleich fordert sie frühe Prävention, Aufklärung, bessere Begleitung durch Eltern, Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte, niedrigschwellige Hilfen sowie eine stärkere Einbindung psychotherapeutischer Expertise.

Digitale Medien gehören zum Alltag junger Menschen. Eine freiheitliche Politik darf auf die damit verbundenen Risiken nicht mit pauschalen Verboten antworten. Sie muss junge Menschen vielmehr befähigen, digitale Räume selbstbestimmt, verantwortungsvoll und sicher zu nutzen. Dazu gehören starke Medienkompetenz, altersgerechte Begleitung, wirksame Prävention, gut erreichbare Beratungsangebote und schnelle Hilfe bei psychischer Belastung.

Die Landesregierung hat zum Schuljahr 2025/2026 Smartphone-Schutzzonen an öffentlichen Schulen eingeführt. Nach Angaben des Kultusministeriums ist die private Verwendung mobiler digitaler Endgeräte für Schülerinnen und Schüler im Schulgebäude und auf dem Schulgelände grundsätzlich unzulässig, soweit Schulen keine eigenen Regelungen treffen. Das Land verweist außerdem auf Angebote zur Medienbildung, Jugendmedienschutz, das Projekt Internet-ABC, Fortbildungsangebote sowie eine Beratungsstelle Jugend und Medien Hessen. Im Jahr 2026 fördert Hessen zudem Projekte der außerschulischen Jugendarbeit zur Medienbildung mit rund 170.000 Euro.

Vor diesem Hintergrund kommt es darauf an, bestehende Maßnahmen auf Wirksamkeit, Reichweite und Praxistauglichkeit zu überprüfen. Ziel muss sein, junge Menschen besser zu schützen, ohne ihre digitale Teilhabe durch pauschale Verbotsdebatten zu verkürzen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur problematischen Mediennutzung junger Menschen in Hessen seit dem Jahr 2021 vor?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Resolution der Psychotherapeutenkammer Hessen vom 18. April 2026?
3. Welche Maßnahmen verfolgt die Landesregierung zur Stärkung von Medienkompetenz ohne pauschale Social-Media-Verbote?
4. Welche Präventionsangebote zur reflektierten Social-Media-Nutzung bestehen an hessischen Schulen?
5. Welche Präventionsangebote zur reflektierten Social-Media-Nutzung bestehen in der außerschulischen Jugendarbeit?
6. Welche Angebote zur Unterstützung von Eltern bei der Medienerziehung finanziert das Land Hessen?

7. Welche Fortbildungsangebote zur Medienerziehung stehen Lehrkräften in Hessen im Schuljahr 2026/2027 zur Verfügung?
8. Welche Beratungsangebote bei Cybermobbing finanziert das Land Hessen?
9. Welche Beratungsangebote bei Cybergrooming finanziert das Land Hessen?
10. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur stärkeren Einbindung psychotherapeutischer Expertise bei der Weiterentwicklung von Präventionsangeboten zur digitalen Mediennutzung?

Wiesbaden, 14. Juli 2026



Moritz Promny



Yanki Pürsün